

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 28. Jänner 1986

Blatt 217

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Enquete über Abfallvermeidung
(grau)

Kommunal:
(rosa)

Neuer Flächenwidmungsplan im 22. Bezirk
Gürtel: "Erkundungsphase" abgeschlossen
Medikamentenrückstände im Schweinefleisch
10-Milliarden-Programm für Wiens Kanäle

Nur

über FS: Verletzte Frau bei Zimmerbrand aufgefunden

.....
Bereits am 27. Jänner 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Enquete über Abfallvermeidung (1)

6 -Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Eine gemeinsame Vorgangsweise zwischen Wissenschaft, Industrie bzw. Gewerbe, Verbewirtschaft, Konsumenten und Stadt, um Möglichkeiten zur Verminderung des Mülls zu finden: Das ist das Hauptziel des heute Montag im Rathaus stattfindenden Expertengesprächs Müllvermeidung, an dem u. a. auch Umweltminister Dr. Franz KREUZER teilnahm. Über die Ziele des Expertengesprächs berichteten Umweltstadtrat Helmut BRAUN, Kommerzialrat Dr. WITT von der Handelskammer, Dr. GLATZ von der Arbeiterkammer und Dozent Dr. VOGEL von der Wirtschaftsuniversität in einem Pressegespräch. Neben der Frage des Verpackungsaufwandes und Lösungsmöglichkeiten standen vor allem zwei Forderungen im Vordergrund: Die Einführung eines bundesweiten Pfandsystems nicht allein für derzeit pfandfreie Getränkeverpackungen, sondern z. B. auch für Batterien, und ein Umweltgütesiegel, das dem Konsumenten umweltfreundliche Produkte signalisieren soll.+++

Umweltstadtrat Braun wies u. a. darauf hin, daß etwa die Dosenrückgabequote in Wien (bei einem finanziellen Anreiz von 20 Groschen) erst maximal 25 Prozent, in Schweden dagegen - bei umgerechnet achtzig Groschen - 70 Prozent beträgt. Es müsse daher ein höherer Anreiz gegeben werden. Braun betonte auch, daß bei nicht umweltschonenden Einrichtungen die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten oft weitaus höher liegen als die für ein umweltfreundliches, im ersten Augenblick teureres Produkt. Ein entsprechendes Gütezeichen für umweltfreundliche Produkte, das in diesem Zusammenhang gefordert wird, soll Wirtschaft und Konsumenten zum umweltfreundlichen Kauf beeinflussen.

Gemeinsam mit Dozent Vogel wies der Umweltstadtrat auch auf die guten Ergebnisse der getrennten Müllsammlung in den beiden Planquadraten hin. Bei Altpapier etwa konnte der Ertrag von sonst 15 kg pro Einwohner und Jahr auf 37 kg im 19. Bezirk und 32 im 20. Bezirk gesteigert werden, bei Altglas sogar von 2,9 auf 18 bzw. 12 kg. In der Weihnachtszeit mit dem erhöhten Verpackungs- und auch Glasaufkommen wurde auch der Sammelertrag wesentlich gesteigert. Die Wiener/innen sind damit bei entsprechenden Angeboten in hohem Maß zur Altstoffsammlung bereit. (Forts.) hrs/gg

.....
Bereits am 27. Jänner 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Enquete über Abfallvermeidung (2)

7 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Die gemeinsame Initiative, Müllprobleme bzw. die Entsorgung nicht allein rhetorisch zu behandeln, sondern in die Tat umzusetzen, sei sehr erfreulich, betonte Dr. Witt von der Handelskammer, der auch auf die von der Wiener Wirtschaft eingerichtete Abfallbörse hinwies. Die Wirtschaft sei allerdings von dem abhängig, der etwas auf den Markt bringe und sich etwa bei der Verpackung vom Marketingbereich beraten lasse. Letztlich entscheide der Konsument, was er wolle. Der Vertreter der Handelskammer sagte außerdem, daß Österreich beim Kunststoff mit einem Pro-Kopf-Anteil von 90 Kilogramm pro Jahr an 3. Stelle in Europa stehe, und bezeichnete den Schweizer Weg, bestimmte Kunststoff-Verpackungen durch andere Kunststoffmaterialien, die leichter sind, zu ersetzen, als Leitlinien. Kunststoff im Müll mit einem Anteil von 5 bis 8 Prozent beim Gewicht und 15 bis 20 Prozent des Volumens sei beherrschbar, meinte der Vertreter der Handelskammer.

Es werde dem Konsumenten oft nicht leicht gemacht, umweltfreundlich zu agieren, sagte Dr. Glatz von der AK bei dem Pressegespräch. Hier sei eine gesetzliche Grundlage nötig. Die Arbeiterkammer habe dem Umweltministerium daher im Dezember einen Entwurf für ein Abfallvermeidungsgesetz vorgelegt, mit dem z.B. für bestimmte Verpackungen/Gebinde/Produkte ein Pfandsystem vorgeschrieben werden soll. Wissenschaftliche Grundlagen liefert die AK unter anderem mit ihrer Arbeit an einer Ökobilanz, die Verpackungssysteme bezüglich ihrer Umweltauswirkungen (etwa Abwasser- und Luftbelastung) untersuchen soll.

Die Abfallmenge müsse 1. nach Gewicht und Volumen, 2. nach dem Schadstoffgehalt und 3. nach den Emissionen aus der Abfallbehandlung minimiert werden, meinte Doz. Vogel von der Wirtschaftsuniversität. Der Übergang zu einer produktorientierten Abfallwirtschaft sei nötig, wobei keine Produkte erzeugt werden sollen, für die es keine Entsorgung gibt. Der Konsument allein sei jedoch überfordert, ein Gütezeichen möge hier Hilfestellung geben, verlangte Vogel, der sich auch für ein Anreizsystem mittels Pfand aussprach. Vogel wies außerdem darauf hin, daß der Verpackungsanteil im Müll 50 Prozent des Volumens ausmache. Die Verringerung der Verpackung sei unter anderem deshalb so wichtig, weil die Kosten für die getrennte Einsammlung etwa drei- bis achtmal so hoch sind, wie der der "Beseitigung" durch Deponien oder Verbrennen. (Forts.) hrs/bs

.....
Bereits am 27. Jänner 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Enquete über Abfallvermeidung (3)

8 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Durch die Mülltrennung in Wien konnte der Verpackungsanteil gewichtsmäßig bereits von 34 auf 23 Prozent gesenkt werden, erklärte Vogel. Zur Frage PVC erwähnte er, daß dieser Stoff zwar nur 0,6 bis 1 Prozent des Mülls ausmache, aber mindestens ein Drittel der Betriebs- und Investitionskosten bei der MVA Flötzersteig (Rauchgaswäsche) verursache. Kunststoff könne allerdings derzeit praktisch nur energetisch verwertet werden, da zwischen dem Preis für den Primärrohstoff - 12 bis 80 Schilling pro Kilogramm - und dem für den Sekundär-(Alt)rohstoff - ein bis zwei Schilling - enorme Unterschiede bestehen.

Im Rahmen des Pressegesprächs kündigte Umweltstadtrat Braun außerdem an, daß die Stadt Wien nach Möglichkeit bei großen Selbstbedienungsgeschäften eigene Behälter aufstellen will, in denen der Konsument die Verpackung der Ware gleich loswerden kann. Braun legte außerdem die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts Stand Jänner 1986 mit den aktuellen Müllzahlen vor.

Beim Müllaufkommen haben 1985 die Maßnahmen der Stadt bei den privaten Haushalten offensichtlich gegriffen: der Hausmüllanfall sank von 407.000 Tonnen im Jahr 1984 auf 400.000 Tonnen im Jahr 1985. Eine positive Steigerung gab es bei den eingesammelten Altstoffmengen - von 32.000 auf 37.000 Tonnen.

Mehr Müll aber entstand bei jenem Gewerbe/Industrie/Sperrmüll, den die MA 48 entsorgt - hier kamen um 10.000 Tonnen mehr zusammen (was aber vielleicht den Vorteil hat, daß einiges an Sperrmüll nun nicht in Form wilder Deponien im Wald abgelagert wurde).

Bedingt durch das erhöhte Sperrmüllaufkommen gab es bei den von der MA 48 mittels Müllabfuhr abgeholten Müllmengen plus dem von Privaten direkt angelieferten Müll eine leichte Steigerung von 617.000 auf 618.000 Tonnen. Eine exorbitante Steigerung ist bei Bauschutt und Aushubmaterial zu verzeichnen - von rund 170.000 auf 290.000 Tonnen, teilweise bedingt durch verstärkte Stadterneuerung und Althausanierung sowie durch Erdbauarbeiten wie U-Bahn-Bau.

Die von der Stadt Wien insgesamt entsorgte Müllmenge (Hausmüllabfuhr durch die MA 48, Straßenkehrschutt, von Privaten zu den Müllverbrennungen und zur Deponie gebrachter Mist, Spitalmüll, der andere in der EBS entsorgte Sondermüll, Sperrmüll - auch aus Mulden, aber auch die wiederverwerteten Altstoffe eingerechnet) betrug damit statt rund 947.000 Tonnen im Jahr 1984 nun 1,058.000 Tonnen - eine Steigerung, die allerdings zum überwiegenden Teil auf die 120.000 Tonnen zusätzliches Erd- und Bauschuttmaterial zurückzuführen ist. (Schluß) hrs/gg

Neuer Flächenwidmungsplan im 22. Bezirk

Utl.: öffentliche Auflage

2 =Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen einer umfassenden Überarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne im 22. Bezirk liegt nun der Entwurf für den Bereich zwischen Krokusweg, westlich Franz-Pletersky-Weg, Mühlwasserstraße und Kanalstraße vor. Der Entwurf liegt vom 30. Jänner bis 27. Februar während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.++++

Der Plan betrifft die sogenannte Siedlung "Fischerwiese". Für sie wird wieder die Widmung als Wohngebiet, Bauklasse I, beschränkt auf 7,50 m, und eine Beschränkung der bebaubaren Fläche pro Grundstück vorgesehen. Um den Charakter des Gebietes zu erhalten, soll vorgeschrieben werden, daß alle von Bebauung freibleibenden Flächen gärtnerisch auszugestalten sind. Das Gleis der ölhafenbahn wird aufgelassen und ist daher in dem vorliegenden Planentwurf nicht mehr berücksichtigt. (Schluß) and/bs

NNNN

Gürtel: "Erkundungsphase" abgeschlossen (1)

6 =Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) In der vergangenen Woche wurde in einer fünftägigen Sitzung der internationalen Kommission die sogenannte "Erkundungsphase" der Projektorganisation Gürtel, Süd- und Westeinfahrt abgeschlossen. Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN informierte am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters über die Ergebnisse.+++

Folgende grundsätzliche Entscheidungen wurden von der Projektleitung nunmehr getroffen:

Zwtl.: Europaplatz: städtebaulicher Wettbewerb?

o DER EUROPAPLATZ hat wegen der termingebundenen Planungsarbeiten für die U 3 von Anfang an einen Schwerpunkt gebildet. Schon im Jänner 1985 konnte eine erste Entkoppelung zwischen Gürtellösung und U 3-Projekt erreicht werden, die die vordringliche Festlegung der U 3-Tiefgeschoße ermöglichte. In den weiteren Arbeiten konnten die Lösungsspielräume für U 3, U 6 und Gürtel soweit eingeengt werden, daß das generelle Projekt U 3 im Frühjahr 1986 abgeschlossen werden kann und grundsätzliche Festlegungen für die Oberfläche des Europaplatzes definiert werden konnten, durch die sowohl Niveaulösungen oder Tiefführungen für die Gürtelfahrbahnen als auch ausreichende Spielräume für Gestaltung, Straßenbahn, Verkehr, Fußgänger und Anbindung des Westbahnhofes gewährleistet bleiben.

Die Abkoppelung der U 6 von der Oberflächengestaltung inklusive der erforderlichen Einbautenplanung und Bauphasen ist nun aufgrund der vorliegenden Arbeitsergebnisse gegeben, sodaß der Zeitplan der Stadt Wien bezüglich der Eröffnung der U 3 im Oktober 1993 eingehalten werden kann.

Die planerische Mitberücksichtigung einer eventuellen Unterführung der Gürtelstraße ist zweckmäßig. Eine Entscheidung über deren Realisierung ist bis Jänner 1987 erforderlich.

Zur Bewältigung der stadtgestalterischen und städtebaulichen Fragen am EUROPAPLATZ muß bis zur nächsten Sitzung der Projektleitung entschieden werden, ob ein offener städtebaulicher Wettbewerb oder ein gutachterliches Verfahren durchgeführt wird.

(Forts.) ger/gg

Gürtel: "Erkundungsphase" abgeschlossen (2)

Utl.: Gürtel: Lange Tunnelstrecken weitgehend auszuschließen

7 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL)

o Aufgrund der Ergebnisse der Bearbeitungen im Rahmen der TEST-PROJEKTE WESTGÜRTEL kam die Projektleitung zu der Ansicht, daß Tunnelösungen über weite Strecken aus derzeitiger Sicht im Gürtelbereich auszuschließen sind, insbesondere da die Problematik der Anschlüsse nicht gelöst und der erhoffte Spielraum für die Oberflächengestaltung nicht in einem ausreichenden Ausmaß nachgewiesen werden konnte.

Diese Entscheidung bedeutet nicht, daß Kurztunnels bzw. Unterführungen im Verlauf des Gürtels nicht sinnvoll sein könnten. Weiters ist die Projektleitung der Auffassung, daß durchgehende massive Überdeckungen mehrerer Fahrspuren, deren Oberfläche durch Treppen und Rampen erschlossen wird, aus technischen, funktionalen, finanziellen und gestalterischen Gründen nicht weiterverfolgt werden sollen.

Am WESTGÜRTEL soll überprüft werden, ob die bisher aufgezeigten Varianten der Verlegung der Fahrbahn zur Mitte beziehungsweise Unterführungen kritischer Bereiche (unter Berücksichtigung der Einbindung der Rampen) auf die lokalen Verhältnisse abgestimmt werden können.

o Für den SÜDGÜRTEL waren in der Ideenkonkurrenz Überbauungen der Gürtelfahrbahnen mit Geschäftsnutzungen vorgeschlagen worden. Derartige Lösungen wurden von zwei Arbeitsteams hinsichtlich der Zusammenhänge von Verkehrslösungen und möglichen Nutzungsänderungen auf anschließende Flächen (vor allem öBB-Flächen) näher geprüft. Dabei ist die Projektleitung zu dem Schluß gekommen, daß die Vorschläge in der bisher vorliegenden Form nicht empfohlen werden können.

(Forts.) ger/gg

NNNN

Gürtel: "Erkundungsphase" abgeschlossen (3)

Utl.: Südgürtel: Transparenter Lärmschutzschirm

8 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL)

Am SÜDGÜRTEL soll die Durchführbarkeit kurzfristiger Maßnahmen des Lärmschutzes, wie z. B. Verlegung der Fahrbahnen (gegebenenfalls abgesenkt) - in Kombination mit Lärmschutzwänden, überprüft werden. Für den Bereich Landstraßer Gürtel zwischen Jacquingasse und Blamauergasse ist die probeweise Errichtung eines transparenten Lärmschutzschirmes vorgesehen.

- o In Zusammenarbeit von Ziviltechnikerteams mit Firmen wurde die Möglichkeit der Anwendung von LÄRMSCHUTZEINRICHTUNGEN im Gürtelbereich untersucht.

Aufgrund der vorgelegten Ergebnisse sieht die Projektleitung aus Gründen der Gestaltung, der Kosten und der Instandhaltung keine Möglichkeit, über längere Strecken in innerstädtischen Straßen Lärmschutzeinrichtungen zu schaffen, die die angrenzenden Gebäude ausreichend vor Lärm- und Schadstoffimmissionen schützen. Dies schließt aber nicht aus, daß für ausgewählte Abschnitt die Möglichkeit zur Errichtung solcher Lärmschutzeinrichtungen geprüft werden könnte.

Zwtl.: Wiental: Drei Lösungsansätze

- o Aufbauend auf den Ergebnissen der Untersuchungen bezüglich Verbesserung des Hochwasserschutzes im WIENTAL wurden die Möglichkeiten der Führung der Westeinfahrt (B 1) geprüft.

Drei Lösungsansätze wurden untersucht:

- 1) verkehrsorganisatorische Maßnahmen (z. B. Geschwindigkeitsbeschränkungen) und Kurztunnels
- 2) B 1-Verlegung ins Flußbett und Eintiefung des Bettes (Hochwasserabfluß!)
- 3) B 1-Verlegung ins Flußbett und Errichtung eines Entlastungstollens für den Hochwasserabfluß.

Diese in den bisherigen Ansätzen gezeigten Möglichkeiten der Gestaltungsspielräume im WIENTAL sollen insbesondere im Bereich Schönbrunn und im inneren Wiental präzisiert werden.

(Forts.) ger/gg

Gürtel: "Erkundungsphase" abgeschlossen (4)

Utl.: Weitere Vorgangsweise

9 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Ab Jänner 1986 sollen die konzeptionell erarbeiteten Vorschläge im Rahmen einer längerfristigen Bearbeitung mit periodischen Zwischenberichten an die Projektleitung konkretisiert werden. Die Bearbeitungen sollen nicht mehr in Form von Testprojekten für kurze Abschnitte erfolgen, sondern sich auf längere Bereiche beziehen.

Zwtl.: Auskunft in der Projektleitung

In der Projektleitung Gürtel, Süd- und Westeinfahrt können die aktuellen Pläne und Unterlagen von jedermann eingesehen werden (1, Rathausstraße 9, 1. Stock, Zimmer 101; Montag bis Freitag 9 bis 15.30 Uhr, Donnerstag 9 bis 17.30 Uhr. (Forts. mgl.) ger/gg

NNNN

Medikamentenrückstände im Schweinefleisch

Utl.: In Wien schon seit fünf Jahren strenge Untersuchungen
10 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Bereits seit 1981 überprüft die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien das nach Wien gelieferte Fleisch genauestens auf Rückstände von Antibiotika und Sulfonamiden. "Weil die illegale Verwendung von Antibiotika durch Züchter nicht auszuschließen war, wurde von mir bereits 1983 die Verdoppelung der Untersuchungen angeordnet", erklärte Konsumentenstadtrat Friedrike SEIDL im Pressegespräch des Bürgermeistermeisters. Im vergangenen Jahr wurden rund 4.500 derartige Untersuchungen durchgeführt, dadurch wird innerhalb eines Jahres jeder dritte Schweinefleischlieferant kontrolliert. Dabei wurden im Fleisch von zwei Lieferanten Antibiotikarückstände gefunden. Wie auch schon in früheren Fällen (insgesamt fünf seit 1981) wurde bei Gericht Anzeige nach dem Lebensmittelgesetz erstattet. Diese beiden Straffälle, die im Kreisgericht Korneuburg anhängig sind, lösten breitgestreute polizeiliche Untersuchungen in Niederösterreich aus.

Zwtl.: Seidl fordert besseren Schutz für Mensch und Tier

Der in Wien sehr geringe Prozentsatz an Beanstandungen von 1 Promille zeige, daß strenge Kontrollen sehr wohl dazu beitragen, Fleischlieferanten von der Anlieferung gesundheitsschädlicher Ware abzuhalten. Deshalb werden in einer sofortigen Schwerpunktaktion weitere 1.000 Proben untersucht. Die Wiener können also beruhigt sein, daß das hier verkaufte Fleisch streng kontrolliert wird und keine unerwünschten Stoffe enthält. Es wäre deshalb schon sehr viel gewonnen, wenn so wie Wien auch alle anderen Bundesländer umfangreiche Kontrollen durchführten, regte die Stadträtin an.

Es habe sich jedoch auch gezeigt, daß Hemmstoffe vor allem während der Tierproduktion, also geraume Zeit vor der Schlachtung, illegal verabreicht wurden. Solche Mißbräuche sind dann meist zum Zeitpunkt der Schlachtung nicht mehr nachweisbar, weil derartige Arzneimittel in der Regel innerhalb weniger Tage abgebaut und im Fleisch nicht mehr nachweisbar sind.

Zwtl.: Strengere Strafen unbedingt notwendig

Die mißbräuchliche Verabreichung von Arzneimitteln während der Tierproduktion wird derzeit nach dem Arzneimittelgesetz geahndet. Das bedeute die Verfolgung solcher Fälle durch die Verwaltungsbehörde. Um dieses Problem besser in den Griff zu bekommen, wäre es jedoch notwendig, den unrechtmäßigen Vertrieb sowie die illegale Verabreichung von Antibiotika als strafrechtlichen Tatbestand im Strafgesetzbuch zu verankern, forderte Seidl. Dadurch wäre eine wesentlich effizientere Kontrolle der Tierproduktion möglich. (Forts. mgl.) lei/bs

10-Milliarden-Programm für Wiens Kanäle

Utl.: Wichtige Aufgaben für neuen Leiter der MA 30

11 =Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Als neuer Leiter der Magistratsabteilung 30, Kanalisation und Entsorgungsbetrieb, wurde Dienstag Dipl.-Ing. Peter BORTENSCHLAGER von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION in sein Amt eingeführt. Dipl.-Ing. Bortenschlager war Montag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK das Bestellungsdekret überreicht worden. Er folgt Senatsrat Dipl.-Ing. Karl STICH, der die Abteilung zehn Jahre lang in einer schwierigen Ausbauphase geleitet hat.++++

Dipl.-Ing. Bortenschlager ist 42 Jahre alt und seit 1970 in der MA 30 tätig. Er leitete zuletzt seit vier Jahren die Planungsgruppe der Abteilung. Personalstadtrat Friederike Seidl wies darauf hin, daß die Abteilung zu jenen Dienststellen zählt, die in der Öffentlichkeit einer besonders kritischen Beurteilung unterliegen, wobei die positiven Leistungen kaum Anerkennung finden. Das dürfe aber für die Bediensteten kein Anlaß zur Frustration sein.

Umweltstadtrat Helmut BRAUN betonte den Wandel dieser Abteilung vom früher dienstleistungsbetonten Charakter zu einem wichtigen Instrument des Umweltschutzes. Er wandte sich energisch gegen jene Kritik, die dann einsetzt, wenn die Erwartungen nicht "zu 150 Prozent" erfüllt werden können. Für die kommenden wichtigen Aufgaben, zu denen ein umfangreiches 10-Jahres-Kanalbau-Programm zählt, könne die Abteilung mit der vollen Unterstützung des zuständigen Stadtrates rechnen.

Magistratsdirektor Dr. Bandion wies darauf hin, daß die unter der Planung der MA 30 errichtete Hauptkläranlage die vorausgesagte Reinigungsleistung von 70 Prozent überbiete und sogar 95 Prozent erreiche, die Probleme der Schlammabeseitigung aber bei der seinerzeit privatwirtschaftlich gegründeten EBS nicht bewältigt werden konnten. Das 10-Jahres-Kanalbau-Programm werde mehr als zehn Milliarden erfordern, mit der Betreuung von mehr als 3.000 Kilometern Straßen- und Hauskanalanschlüssen habe die MA 30 eine Schweraufgabe im Dienste der Bevölkerung zu versehen.

Hauptgruppenobmann der Gewerkschaft, Arnold KARNER, überbrachte dem neuen Dienststellenleiter die Glückwünsche der Gewerkschaft. An der Amtseinführung, bei der Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Ernst FILZ die Teilnehmer begrüßte, nahm auch der Ständige Stellvertreter des Magistratsdirektors Obersenatsrat Dr. Alfred PEISCHL teil. (Schluß)
smo/rr